



Ursula Groden-Kranich
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Koalitionsverhandlungen

Wegfall der Luftverkehrsabgabe wäre das falsche Signal –
Investitionen in Verkehrsinfrastruktur ohne die Einnahmen aus der
Luftverkehrsabgabe nicht finanzierbar

Berlin, 22.11.2013

Ursula Groden-Kranich, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-75858

Fax: +49 30 227-76858

E-Mail : ursula.groden-
kranich@bundestag.de

Ansprechpartner

Presse- & Öffentlichkeitsarbeit:

Dr. Jörg Wollscheid

Tel.: (030) 227 75857

E-Mail: ursula.groden-

kranich.ma01@bundestag.de

ursula.groden-kranich.de

Abgeordnete des Wahlkreises
Mainz-Bingen

MAINZ. Die CDU-Bundestagsabgeordnete aus Mainz-Bingen, Ursula Groden-Kranich, sieht in dem von der Arbeitsgruppe Verkehr im Rahmen der Koalitionsverhandlungen gemachten Vorschlag zum Verzicht auf die Luftverkehrsabgabe ein falsches verkehrspolitisches Signal und hat sich bei den zuständigen Verhandlungsführern der Union für den Fortbestand der Regelung eingesetzt.

„Ein Wegfall der Luftverkehrsabgabe ohne eine Kompensation durch eine entsprechende Besteuerung des Kerosins wäre ein falsches umwelt- und verkehrspolitisches Signal“, so Groden-Kranich. So helfe die Luftverkehrsabgabe durch ihre ökologische Steuerungsfunktion dabei, Kurzstreckenflüge und den damit verbundenen Fluglärm zu vermeiden. Außerdem seien die geforderten Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur ohne die Einnahmen aus der Luftverkehrssteuer nicht zu finanzieren.

„Meine Amtsvorgängerin Ute Granold hat sich gemeinsam mit Wolfgang Reichel und Julia Klöckner immer mit Nachdruck gegen den Fluglärm eingesetzt“, betont die Unionspolitikerin. Diesen Kurs werde sie – wie im Wahlkampf angekündigt – nun ebenfalls mit Nachdruck auf Bundesebene unterstützen.

„Mit Blick auf die Diskussion um die Luftverkehrsabgabe habe ich mich deshalb bei den Verhandlungsführern der Union in den Arbeitsgruppen Verkehr und Finanzen, Ramsauer und Schäuble, im Hinblick auf die weiteren Beratungen in der großen Runde für den Fortbestand der Regelung eingesetzt“, so Groden-Kranich.